

Kröte muss geschluckt werden

Erweiterungsarbeiten am Dorfgemeinschaftshaus: Zusätzlich 70 000 Euro

KLEINERN. Die Umbau- und Erweiterungsarbeiten am Dorfgemeinschaftshaus Kleinern können fortgesetzt werden. Das Edertaler Parlament bewilligte zusätzlich 70000 Euro, die ursprünglich nicht eingeplant waren. Das Bauamt und der Planer hätten viel früher auf die finanziellen Probleme aufmerksam machen müssen, kritisierte FWG-Sprecher Martin Gerhold. Das Architektenhonorar dürfe sich wegen der Fehleinschätzungen und Versäumnisse keinesfalls erhöhen.

„Sein Honorar sollte auf dem ursprünglichen Stand eingefroren werden“, forderte Gerhold. Den Vorwurf, das Parlament nicht rechtzeitig über die Mehrkosten informiert zu haben, wies Bürgermeister Wolfgang Gottschalk zurück. „Wir haben selbst erst Anfang November davon erfahren.“ Außerdem stellte er schuldhafte Versäumnisse des Architekten in Frage. Sein Honorar sei an die ursprünglich veranschlagte Bausumme von 250000 Euro gekoppelt, erläu-



Erweiterung und Umbau: Das Dorfgemeinschaftshaus in Kleinern.

Archivfoto: Schade

terte der Verwaltungschef.

Werner Tönges (SPD), stellvertretender Bauausschussvorsitzender, sprach von einer Kröte, die das Parlament und die Gemeinde zu schlucken habe. „Die Mehrkosten sind

größtenteils auf Brandschutzauflagen des Bauamtes zurückzuführen, die vom Architekten schlichtweg unterschätzt wurden“, erklärte Tönges.

„Es sind ganz klar auch Pla-

nungsfehler unterlaufen, die dem Verantwortlichen anzulasten sind“, meinte auch Helmut Münch (SPD). In den meisten Fällen würden Baukosten nicht überschritten, sofern sie unter der Regie des Gemeindebauamtes über die Bühne gegangen seien. „Darum sollte grundsätzlich überlegt werden, wie sinnvoll Planungs- und Architektenauftragsvergaben nach außen sind.“ Die Kleinerner Bevölkerung habe schon viel Eigenleistung beim Umbau des Dorfgemeinschaftshauses geleistet. Darum sollte das Geld bereit gestellt werden.

Wir sehen keine Alternative“, sagte Münch. Es sei unstrittig, dass Versäumnisse des Architekten vorliegen würden, sagte Wilhelm Hankel (CDU). Der Gemeindevorstand sollte prüfen, ob eine Versicherung des Planers die entstandenen Mehrkosten abdecken könnte. „Wir stimmen der überplanmäßigen Ausgabe aber zu“, sagte der Vorsitzende des Finanzausschusses. (ukl)